

1 **SPD-Kreisparteitag Herford 3. Juli 2010, Stadtpark/Schützenhof Herford**

2
3 **Antrag-Nr.:** 1
4 **Antragsteller:** Kreisvorstand
5 **Weiterleitung:** Landesparteitag NRW, Bundesparteitag

6
7 **Städte und Gemeinden stärken –**
8 **Lebensqualität vor Ort sichern**
9

10 Der Kreisparteitag möge beschließen:

11
12 **I. Der Kreisparteitag stellt fest:**

13
14 Überall im Land und auch bei uns im Kreis Herford und seinen Städten und Gemeinden sind
15 die Kommunen in Not. In allen kommunalen Räten gibt es harte Sparbeschlüsse.
16 Soziale Einrichtungen, wichtige Arbeit für Kinder und Jugendliche, Senioren und
17 Hilfeangebote vor Ort stehen auf dem Prüfstand. Dabei geht es oft nicht mehr um die Frage
18 wie kann eine Aufgabe wirtschaftlich ausgeführt werden, diesen Prozess haben alle
19 Einrichtungen und Träger schon erfolgreich in ihr tägliches Handeln integriert, sondern es
20 geht um die Existenz der Einrichtungen und ihrer Angebote.

21 Freibäder, Jugendtreffs, Stadtbüchereien, Theater und vieles mehr stehen vor harten
22 Sparmaßnahmen oder vor der Schließung. Die Ursache dieser Probleme ist eine mangelnde
23 finanzielle Ausstattung der Kommunen. In vielen Orten reichen die Einnahmen der Städte
24 und Gemeinden nicht mehr, um ihre Pflichtaufgaben zu erfüllen.

25 Die Bürgerinnen und Bürger im Kreis Herford benötigen starke Kommunen.
26 Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung gewährleisten Städte, Gemeinden und
27 Landkreise die öffentliche Daseinsvorsorge, erfüllen vielseitige Aufgaben zum Schutz der
28 Gesellschaft und sorgen für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Deutschland.

29
30 Kommunen sollen Kinder betreuen und für Sicherheit sorgen, Schulen sanieren und
31 Abwasser beseitigen, Sozialhilfe zahlen, Jugendhilfe und Jugendarbeit mitfinanzieren, einen
32 Öffentlichen-Personennahverkehr zu bezahlbaren Preisen anbieten, Menschen mit
33 Behinderungen und Pflegebedürftigen zur Seite stehen, die Kultur fördern und mit
34 Investitionen das örtliche Handwerk stärken – kurzum ein attraktives Umfeld vor Ort
35 garantieren.

36 Dort entscheidet sich, ob Frauen und Männer Familie und Beruf vereinbaren können.
37 Dort entscheidet sich auch, ob unser Ziel „Bildung für alle“ tatsächlich umgesetzt werden
38 kann.

39 In Städten, Gemeinden und Landkreisen erhält Politik für die Menschen ein konkretes
40 Gesicht: hier wirken sich Entscheidungen der Landes- und Bundesebene direkt auf ihre
41 Lebenssituation aus, hier werden Bürgerinnen und Bürger ermutigt, gestaltend mitzuwirken.
42 Deshalb steht mit der Zukunftsfähigkeit unserer Kommunen auch die Gestaltungsfähigkeit
43 und Akzeptanz von Politik insgesamt auf dem Prüfstand.

44
45 Die in Artikel 28 Abs. 2 GG garantierte kommunale Selbstverwaltung darf nicht ausgehöhlt
46 werden. Kommunen können ihren umfassenden Aufgaben und Verpflichtungen gegenüber
47 den Bürgerinnen und Bürgern nur dann gerecht werden, wenn ihre finanzielle
48 Leistungsfähigkeit kurz- und langfristig gesichert ist.

49
50 Der Bund hat in der Zeit sozialdemokratischer Regierungsverantwortung wichtige
51 Maßnahmen zur Verbesserung der kommunalen Finanzlage ergriffen. Im Rahmen der
52 Unternehmenssteuerreform 2008 wurde die Bemessungsgrundlage der Gewerbesteuer
53 verbreitert und damit ihr Aufkommen stabilisiert. Das Anfang 2009 aufgelegte
54 Konjunkturpaket II stärkte gezielt die kommunale Investitionskraft. Der steuerliche
55 Querverbund wurde gesetzlich geregelt. Bei all diesen Maßnahmen war die SPD innerhalb
56 der Bundesregierung die treibende Kraft. Das hat sich positiv ausgewirkt. Kommunen

57 profitierten zusätzlich von der damaligen guten konjunkturellen Entwicklung. In den Jahren
58 2007 und 2008 führte dies zu einem deutlichen Einnahmeanstieg und zur Konsolidierung
59 kommunaler Haushalte.
60

61 Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat diese positive Entwicklung jäh gestoppt. Nach einem
62 Überschuss von 7,6 Milliarden Euro Ende 2008 stürzte das kommunale Finanzierungssaldo
63 innerhalb nur eines Jahres um 12 Milliarden Euro ab. Infolge dieser Entwicklung betrug das
64 Finanzierungsdefizit für 2009 4,5 Milliarden Euro. Im laufenden Jahr 2010 wird sich die
65 Schere zwischen wegbrechenden Einnahmen und steigenden Ausgaben der Kommunen
66 weiter öffnen. Die Verschlechterung der kommunalen Finanzlage wird auch durch den
67 Anstieg der kurzfristigen Kassenkredite deutlich. Sie wuchsen in den ersten drei Quartalen
68 des vergangenen Jahres um 4 Milliarden Euro auf rund 34 Milliarden Euro an. Viele
69 Kommunen sehen keine andere Möglichkeit, ihre Verwaltungsaufgaben anders als durch
70 kurzfristige Kreditaufnahmen zu finanzieren.

71 Die Verschlechterung der Finanzlage ist in starkem Maße auf konjunkturell und strukturell
72 bedingte Einnahmeausfälle und Ausgabensteigerungen zurückzuführen. Besonders deutlich
73 machten sich die stark wachsenden Ausgaben für soziale Leistungen bemerkbar. Nach
74 Auskunft der Kommunalen Spitzenverbände lagen sie im Jahre 2009 erstmals bei rund 40
75 Milliarden Euro. Für das Haushaltsjahr 2010 rechnen sie mit einem Volumen von 41,6
76 Milliarden Euro. Aufgrund der steigenden Arbeitslosigkeit werden die Kosten der Unterkunft
77 11 Milliarden Euro erreichen; ein Zuwachs von 27 Prozent seit ihrer Einführung.

78 Über die Belastungen hinaus wird die extrem angespannte finanzielle Situation der
79 Kommunen durch die jüngste Steuergesetzgebung der schwarz-gelben Bundesregierung
80 dramatisch verschärft. Das Ende letzten Jahres beschlossene sogenannte
81 „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ führt zu direkten Einnahmeausfällen von 1,6 Milliarden
82 Euro. Die bereits im Bundestag beschlossenen Vorschläge (5. März) zur Absenkung der
83 Unternehmensbesteuerung bei Funktionsverlagerungen und Finanzierungsdienstleistungen
84 haben Mindereinnahmen von mindestens 650 Millionen Euro zur Folge.

85 Die von der Bundesregierung angekündigte und erstmal gestoppte Einkommensteuerreform
86 würde für die Kommunen nochmals Einnahmeverluste in Höhe von mehreren Milliarden Euro
87 bedeuten. Auch ohne die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise wären diese
88 Einnahmeausfälle keinesfalls zu verkraften!
89

90 Die prekäre Finanzlage unterhöhlt die Handlungs- und Leistungsfähigkeit der Kommunen. Es
91 drohen die Streichung zentraler Dienstleistungen und die Erhöhung der Gebühren für
92 Tageseinrichtungen für Kinder, für den öffentlichen Nahverkehr sowie für Kultur- und
93 Sporteinrichtungen. Letztlich ist der gesamte Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge in
94 Städten, Gemeinden und Landkreisen massiv gefährdet.
95

96 Die Kommunen müssen 2013 den gesetzlichen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz
97 für die unter dreijährigen Kinder erfüllen. Der Bund beteiligt sich in der Ausbauphase mit
98 insgesamt 4 Mrd. €. Anschließend übernimmt er dauerhaft mit 770 Millionen Euro jährlich ein
99 Drittel der Betriebskosten. Dieses Ziel darf durch die Steuerpolitik der schwarz-gelben
100 Bundesregierung nicht gefährdet werden. Es ist ein wichtiger Beitrag zu einer besseren
101 Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

102 Die Finanznöte sind nicht nur konjunkturbedingt und damit kurzfristiger Art. Eine große Zahl
103 von Kommunen befindet sich vielmehr in einer strukturellen Unterfinanzierung. Im Rahmen
104 der föderalen Strukturen sind die Länder verpflichtet, für eine ausreichende
105 Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen. Bund und Länder müssen deshalb gemeinsam
106 mit den Kommunen Maßnahmen zur Verbesserung der Finanzsituation ergreifen.
107 Erforderlich ist zunächst ein Kurzfristprogramm, das als Rettungsschirm über den
108 Kommunen aufgespannt wird und deren elementare Handlungsfähigkeit erhält.
109 Darüber hinaus kommt es aber darauf an, die strukturelle Unterfinanzierung vieler Städte,
110 Gemeinden und Landkreise durch mittel- und langfristig wirksame Maßnahmen zu
111 beseitigen. Der Umfang kommunaler Aufgaben und Ausgaben einerseits und die zu deren
112 Erfüllung zur Verfügung stehenden Einnahmen andererseits müssen in Einklang gebracht
113 werden.

114 Die von der Bundesregierung einberufene Gemeindefinanzkommission wird aufgrund ihrer
115 Beschränkung auf die kommunalen Steuereinnahmen und die Überprüfung von Standards
116 dieser Aufgabe nicht gerecht. Eine solche Kommission kann nur dann einen effektiven
117 Beitrag zur Lösung der kommunalen Finanzprobleme liefern, wenn sie sich umfassend mit
118 der Einnahme- und Ausgabenseite befasst. Der Kommission müssen neben Vertretern von
119 Bund, Ländern und Kommunen auch Vertreter der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen
120 und unabhängige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angehören. Alle Vorschläge der
121 Kommission können nur im Konsens mit den Kommunalen Spitzenverbänden ausgearbeitet
122 werden. Es muss gelten: keine Entscheidungen gegen das Votum der kommunalen
123 Spitzenverbände.

124
125

126 **II. Der Kreisparteitag fordert die Mitglieder in den kommunalen Räten und Kreistagen,
127 Landtag und Bundestag und die SPD in NRW und dem Bund auf:**

128

129 **Kurzfristige Maßnahmen – Rettungsschirm für Kommunen**

130

131 1. die durch das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ bei den Kommunen
132 entstandenen Einnahmeausfälle von 1,6 Mrd. € vollständig zu kompensieren;

133 2. die kürzlich im Bundestag beschlossenen Änderungen bei der Besteuerung der
134 Funktionsverlagerung und der gewerbesteuerlichen Hinzurechnung bei Leasing und
135 Factoring zurückzunehmen;

136 3. auf weitere Steuergeschenke, die zu zusätzlichen Belastungen der Kommunen führen, zu
137 verzichten;

138 4. darauf hinzuwirken, dass die Länder ihren Verpflichtungen zu einer auskömmlichen
139 Finanzierung der Kommunen nachkommen. Dazu sind insbesondere gezielte Hilfen für
140 Kommunen in extremer Haushaltsnotlage und eine Verstetigung der Verbundmassen im
141 kommunalen Finanzausgleich erforderlich. Positive Beispiele dafür sind der von Rheinland-
142 Pfalz eingerichtete Stabilisierungsfonds zur Verstetigung der kommunalen Einnahmen und
143 das von Sachsen-Anhalt aufgelegte kommunale Teilentschuldungsprogramm;

144 5. die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft befristet auf zwei Jahre um 3
145 Prozentpunkte anzuheben.

146 6. im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten des Bundes, kulturelle Projekte und Initiativen
147 in den Kommunen zu sichern und damit die kommunale kulturelle Infrastruktur zu
148 unterstützen und aufrechtzuerhalten;

149

150

151 **Mittel- und langfristige Maßnahmen zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit der 152 Kommunen**

153

154 7. dafür Sorge zu tragen, dass die ungekürzte Weitergabe von Mitteln aus dem
155 Bundshaushalt für kommunale Investitionsmaßnahmen, Betriebsmittel und sonstige
156 Finanzierungsanteile des Bundes an kommunalen Auftragsangelegenheiten durch die
157 Länder erfolgt;

158

159 8. sich gegenüber den Ländern dafür einzusetzen, dass für öffentliche Unternehmen faire
160 Wettbewerbsregelungen unter Beachtung der besonderen Voraussetzungen bei der
161 Erbringung von Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge geschaffen werden;

162

163 9. die Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen wieder zu stabilisieren -
164 dies soll auf der Grundlage des sogenannten Kommunalmodells durch eine Verbreiterung
165 der Bemessungsgrundlage erfolgen. Dazu gehört die Zurücknahme der Kürzungen bei der

- 166 Hinzurechnung von Mieten, Pachten, Leasing und Factoring sowie die Einbeziehung der
167 Freien Berufe in die Steuerpflicht;
- 168 10. die gewerbesteuerlichen Anreize für Standortgemeinden zur Ausweisung von Flächen
169 zur Nutzung Erneuerbarer Energien beizubehalten und zu stärken. Damit soll der weitere
170 Ausbau auch durch kommunale Beteiligung und Teilhabe gesichert werden.
- 171 11. bei bundesgesetzlichen Regelungen mit finanziellen Auswirkungen auf die Kommunen
172 eine ausreichende und dauerhafte Finanzierung sicherzustellen;
- 173 12. die Grundsteuer so weiterzuentwickeln, dass eine stabile Ertragskraft und ein
174 praktikables Erhebungsverfahren für die Städte und Gemeinden sichergestellt ist;
- 175 13. die Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft der Kommunen an den
176 tatsächlichen Kosten zu orientieren und einen angemessenen Abrechnungsmechanismus zu
177 vereinbaren;
- 178 14. gemeinsam mit Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden, Trägern sowie weiteren
179 Akteuren, Maßnahmen zu verabreden, mit denen der Ausbau der Betreuung von Kindern
180 unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege
181 weiter vorangetrieben wird;
- 182 15. die bewährten Programme der Städtebauförderung, wie die Programme Soziale Stadt,
183 Stadtumbau-Ost und Stadtumbau West, Städtebaulicher Denkmalschutz, Aktive Städte- und
184 Ortsteilzentren bedarfsgerecht weiterzuentwickeln und zu verstärken
- 185 16. die Kommunen durch geeignete Programme darin zu unterstützen, dem Ziel wachsender
186 Nachhaltigkeit und den Herausforderungen der demografischen Entwicklung zu entsprechen;
187 Dabei sollten Programme zur Förderung von seniorenrechtlichem Wohnen und von
188 Mehrgenerationenwohnen besondere Beachtung finden;
- 189 17. die Stärkung der Stadtwerke und kommunalen Unternehmen. Die Möglichkeiten der
190 wirtschaftlichen Betätigung der kommunalen Unternehmen muss in NRW wieder
191 ausgeweitet werden. Starke Stadtwerke starke kommunale Unternehmen sind die Grundlage
192 für die öffentliche Daseinsvorsorge und sichern gut ausgebildete und gut bezahlte sichere
193 Arbeitsplätze.
- 194
195 18. die Erzeugung und der Vertrieb von Strom müssen langfristig auch wieder stärker zu
196 einer öffentlichen Aufgabe werden. Die kommunalen Stadtwerke sind die einzige Konkurrenz
197 der vier großen Stromanbieter in Deutschland. Nur die Stadtwerke sichern einen Wettbewerb
198 auf dem Energiemarkt in Deutschland. Dafür gibt es auch erfolgreiche Beispiele aus unserer
199 Region. Die Position der Stadtwerke gilt es im Sinne der Verbraucher und der
200 Daseinsvorsorge durch den Gesetzgeber in Bund und Land zu stärken. Die Möglichkeit der
201 Kommunen bei der neuen Vergabe der Konzessionen zur Stromdurchleitung die
202 Leitungsnetze zu übernehmen muss vom Gesetzgeber auch weiter möglich bleiben.

203
204

205 **Beschlussfassung:**

206

207 Angenommen (X) abgelehnt () überwiesen an: